

Wie britisch bleibt Britannien unter Blair?

Um das Vereinigte Königreich besser zu verstehen, lohnt es sich, im Londoner St. James's Park von der kleinen Brücke in die Idylle der englischen Garten- und Stadtlandschaft hinauszublicken. Man sieht Weiden, die sich in den schmalen See neigen, eilende und ruhende Passanten auf Wiesen, Enten, Gänse, Pelikane im Wasser. Erstaunlich, dass nur wenige Bauten auszumachen sind, obwohl wir im Zentrum einer Weltstadt stehen: Buckingham Palace im Westen gradlinig schlicht, nicht höher als die Bäume; die verspielten Türmchen der Horse Guards im Osten. Die Rückseite des bescheidenen Premierminister-Amtes in Downing Street ist ganz von Bäumen verdeckt. Grossbritannien hat ein Regierungszentrum und eine Hauptstadt nach Menschenmass. Es ist Ausdruck einer parlamentarischen Demokratie in konstitutioneller Monarchie.

Der präsidiale Anspruch des jetzigen Labour-Premiers Blair passt nicht sonderlich zu dieser Staatsform, welche ein Spiegelbild der Gesellschaft ist. Blair tritt in der letzten Woche des Wahlkampfes auf, als ob New Labour nur noch Details zu regeln hätte, um die beste aller Welten einzurichten. Die Demut, die er dauernd predigt, passt nicht zur Arroganz der Macht, die aus dem Auftreten mancher Labour-Leute spricht. Es war der konservative Vorgänger Major, der die Meritokratie verkörperte, aus der sich seit Edward Heath die Tory-Regierungschefs rekrutieren. Schon unter Heath hätte Grossbritannien zu einer ausgeglicheneren Gesellschaft finden können. Heath war es, der 1970 zur Zerschlagung der Gewerkschaftsmacht ansetzte, die Politik und Wirtschaft so lange gelähmt und der Oberklasse das Verharren in «splendid isolation» erleichtert hatte. Doch die Zeit war damals nicht reif.

Erst der Regierungschefin Thatcher gelang in den achtziger Jahren die Heilung von der «englischen Krankheit». Darauf baut die von Smith und Blair reformierte Labourpartei noch heute. Blairs «dritter Weg» ist keine eigene Erfindung, sondern die Fortsetzung von Thatchers Weg. Unbritisch an New

Labour ist nicht der «British is best»-Chauvinismus, sondern die penetrante Selbstdarstellung, die oft Vorrang vor der eigentlichen Arbeit zu haben scheint. Blair ist zugute zu halten, dass er die Partei an den entscheidenden Punkt brachte, an dem sie das erfolgreiche marktwirtschaftliche Programm der konservativen Vorgänger akzeptierte. Seither hat New Labour während vier Jahren den nötigen politischen Rahmen für Stabilität und Wohlstand beibehalten. Das ist keine geringe Leistung für eine noch vor zehn Jahren sozialistisch auftretende Partei.

Ökonomische Kompetenz, auf die das Königreich seit dem Verlust der Kolonien und im globalen Wettbewerb angewiesen ist, bildet den harten Kern in der Schlacht um die Mehrheit im Unterhaus. Der bessere Instinkt für wirtschaftliche Zusammenhänge wird zwar den Konservativen zugeschrieben. Aber niemand glaubt daran, dass die Tories ihre unter der eisernen Lady gewonnene Schlagkraft und das soziale Gewissen, das ihnen gleichzeitig verloren gegangen ist, so bald wieder aktivieren können. So zielbewusst sie Britannien unter Rückbesinnung auf alte Werte revolutioniert hatten, so führungslos treiben sie seit der 1997 verlorenen Wahl. Das liegt nicht so sehr am Parteichef Hague als vielmehr an Spaltungen und am Ausgelautetsein nach 18 Jahren Verschleiss im Amt. Die neue Partei in der politischen Mitte heisst Labour. Sie saht die von den Tories gemolkene Milch ab.

New Labour hat in der Regierungsverantwortung bewiesen, dass sie sich von den Glaubenssätzen Old Labours getrennt hat. Ein dieser Tage verkündeter «Pakt mit der Geschäftswelt» unterstreicht dies. In einer zentralen Frage scheiden sich indes die Geister. Labour bleibt Labour im Streit um die Frage, was mit den hohen Überschüssen im Staatshaushalt zu geschehen habe. Blair und sein Alter Ego, Schatzkanzler Brown, wollen das Geld in das vernachlässigte öffentliche Schulwesen und in 30 000 neue Stellen für Ärzte und Krankenschwestern im darniederliegenden staatlichen Gesundheitsdienst in-

vestieren. Die Konservativen würden mit den Überschüssen die Steuern senken, um die Wirtschaft nachhaltig in Schwung zu halten. Die heiss umstrittenen öffentlichen Dienste hat Hague bisher in der Kampagne vernachlässigt. Das könnte sich noch rächen; die Meinungsumfragen prophezeien den Tories schon Albtraum-Ergebnisse.

Blair spricht von Teilprivatisierungen im kranken Staatsmonopol des nationalen Gesundheitsdienstes, aber seine Pläne bleiben unklar. Sie sind dadurch nicht weniger angreifbar. Die Absicht, eine Labour dienliche Debatte darüber in Gang zu setzen, ist bisher im Hagel der Kritik untergegangen. Ein Warnschuss von Gewerkschaftsseite hat wenige Tage vor dem Urnengang deutlich gemacht, dass die Staatsangestellten ihr geschütztes Revier gegen private Konkurrenz zu verteidigen gedenken. Nach der Wahl wird über verknöcherte staatliche Systeme endlich zu entscheiden sein, wenn die Modernisierung, für die Labour so lange schon eintritt, vor heiligen Kühen nicht doch Halt machen soll.

Und die ewigen Dritten im Mehrheitswahlrecht, die Liberaldemokraten? Sie sind längst nicht mehr die Gralshüter des Liberalismus. In den inneren Verwandlungen der britischen Politik sind sie schon unter ihrem früheren Parteichef Ashdown nach links gerutscht. Dort war ein Vakuum entstanden, seit Labour in die Mitte und die Tories weiter nach rechts gedriftet sind. Der neue Parteiführer Kennedy agiert taktisch geschickt – aber längerfristig gefährlich. Er ruft die Liberalen zur einzigen schlagkräftigen Oppositionspartei aus, die Labour von links die Stirne bieten müsse, weil niemand sonst die Interessen der sozial Schwachen vertrete. Die Liberaldemokratie allein bringe das soziale Gewissen der Nation wirkungsvoll zur Geltung. Mit solcher Rattenfängerei ist wohl kaum je ein Liberaler in den Ring gestiegen wie jetzt der bedächtige Schotte Kennedy.

Um den heissen Brei der europäischen Einheitswährung machen die Liberalen kei-

nen Bogen. Sie treten gemäss alter Parteilinie offen als erklärte Verfechter des Weiterbaus an EU-Europa und des britischen Beitritts zur Währungsunion auf. Die Tories haben ihre selbstzerstörerische Gespaltenheit wegen der Europapolitik nicht einmal für den Wahlkampf zu übertünchen versucht. Sie haben nur noch den Freihandel im Binnenmarkt als gemeinsamen Nenner von Skeptikern, die überall den «Superstaat EU» wittern, und Integrationsbefürwortern.

Die konstruktiven Beiträge Schatzkanzler Browns im Brüsseler Rat zugunsten einer realistischen Unionsentwicklung finden zu Hause wenig Echo. New Labour laviert, um euroskeptische Wähler nicht abzuschrecken. Blair selbst dämpft seinen Eifer immer wieder, indem er ein Referendum über die Währungsunion an die Bedingung knüpft, dass der Euro im politischen und wirtschaftlichen Interesse des Landes liegen muss. Die Idee, mit dem Versprechen einer Volksabstimmung den Euro-Entscheid aufzuschieben, ist eine Anleihe bei der Regierung Major. Und auf die heute antieuropäisch auftretende Vorgängerin im Amt, Thatcher, geht Blairs Botschaft zurück, Britanniens Schicksal liege in Europa.

Der EU-Fallstricke sind aus der Sicht der Britischen Inseln viele. So hat es keinen Sinn, die europäische Staatenwelt um Brüssel zentralistisch zu versammeln, nachdem das eigene Land in gelungenen Ansätzen dezentral umgebaut ist. Diesen Wandel als unbritisch zu bezeichnen, wäre verfehlt, da pragmatische Weiterentwicklung eine urbritische Sache ist. Major hatte zwar kurz vor den letzten Wahlen vor dem Auseinanderbrechen des Königreichs gewarnt. Doch die Union besteht weiter, und die Konservativen haben die Teilautonomie von Schottland und Wales als richtig akzeptiert. Britische Flexibilität wird Antworten auf offene Fragen zu finden haben – unter welcher Regierung auch immer.

Doe. (London)